Kritik

Grundsätzlich muß jedes neues Gesetzesvorhaben an den Erfordernissen der Erforderlichkeit und der Verhältnismäßigkeit gemessen werden.

Es ist also zu fragen, ob die Einführung der Steuer-ID (und die damit verbundenen Kosten und Aufwendungen) wirklich notwendig ist.

Fest steht, dass künftig allerlei persönliche und sensible Daten zu allen Bürgern Deutschlands elektronisch erfasst, in einer zentralen Stelle zusammengeführt und gespeichert werden.

Das schafft eine Reihe von Missbrauchsmöglichkeiten und Begehrlichkeiten durch und von Staat und Privatwirtschaft.

Es liegt nahe, dass Behörden und Firmen diese einmalige eindeutige Zuordnung von Mensch zu Nummer zukünftig für eine erheblich vereinfachte Speicherung von Persönlichkeitsdaten zur Erstellung von Persönlichkeitsprofilen nutzen werden.

Auch auf eine sichere und fehlerfreie Erfassung und Übermittlung der Daten ist erfahrungsgemäß kein Verlass.

Zu diesem Thema eine Meldung aus dem August 2008:

Stader werden Ausländer

In Stade sind Hunderte von Bürgern falsch registriert worden. Auf den zum Wochenende bundesweit versandten Bescheiden mit den neuen Steuernummern seien falsche Namen und falsche Herkunftsländer aufgetaucht, sagte der Erste Stadtrat Dirk Kraska. Er selbst habe einen Bescheid erhalten, demzufolge er Solonin heißen und aus dem Libanon stammen soll. Die Ursache für die Panne sei unbekannt. EDV-Spezialisten der Stadtverwaltung hätten am Dienstag die Daten untersucht, die die Stadt an das Bundeszentralamt für Steuern geliefert hatte. Sie seien einwandfrei gewesen.

(dpa 12.8.2008)

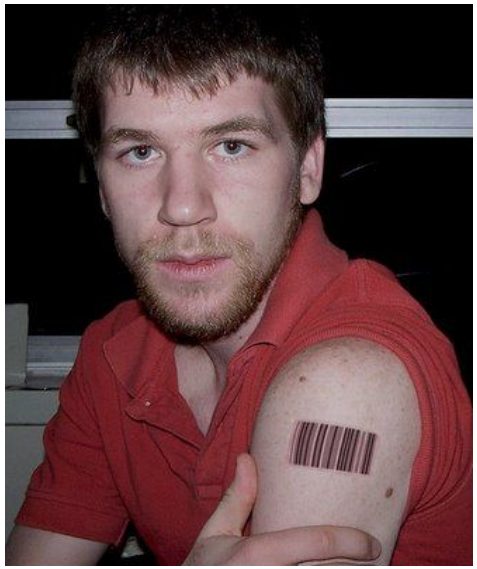
Auch gibt es Zweifel, ob die den Menschen zugeordneten Identifikationsnummern wirklich zufällig generiert worden sind oder ob nicht doch eine gewisse "Sortierung" bei der Verteilung der Nummern vorgenommen worden ist:

Siehe hierzu die entsprechende Anfrage eines Bürgers an seinen Bundestagsabgeordneten Herrn Clemens Binninger von der CDU:

www.abgeordnetenwatch.de/clemens_binninger-650-5663--f125209.html#frage125209

Herr Binninger gibt darin zu, dass er bei eigenen Überprüfungen im privaten Umkreis auf "signifikante Übereinstimmungen" gestoßen ist.

Zusammen mit vielen anderen „E-Government-Vorhaben“, wie z.B. die elektronische Lohnsteuer-datensammlung (Elena), der Vorratsdatenspeicherung, der elektronischen Pässe mit digitaler Signatur und RFID-Funkchips, der elektronischen Gesundheitskarte, der Speicherung von Flugpassagierdaten und der zunehmenden Vernetzung polizeilicher, behördlicher und privater Datenbanken aus dem In- und Ausland mehren sich bei vielen Menschen die **Sorgen**, wohin diese Entwicklung führen wird bzw. führen kann.



Was kann ich tun?

Zunächst: Informieren Sie sich kritisch und bilden Sie sich eine eigene Meinung!

Wenn Sie sich gegen die Zuteilung einer Steuer-ID wehren möchten, gibt es verschiedene Möglichkeiten:

Die Humanistische Union hat eine Musterklage gegen die Vergabe der Steuer-ID eingereicht.

Sie können **selber Klage gegen die Steuer-ID erheben**, dann kommen allerdings auch Kosten auf Sie zu in einer Höhe von mindestens 220 €.

Nach dem Erhalt Ihrer persönlichen Steuer-ID können Sie auch durch ein **Protestschreiben** an das Bundeszentralamt für Steuern richten, mit dem Sie Ihr "Feststellunginteresse" bewahren und sich bei einem Erfolg der Musterklage dieser anschließen können.

Oder Sie **verweigern die Annahme** des Briefes mit Ihrer Steuer-ID - ungeöffnet mit entsprechendem Vermerk oder als Rücksendung mit einem entsprechenden Begleitschreiben.

Zu allen diesen Möglichkeiten erhalten Sie weitere Informationen unter der Homepage der Humanistischen Union:

www.humanistische-union.de/themen/datenschutz/steuer_id/

Sie werden nicht mehr der Herr Ihrer eigenen Daten sein und deswegen:

- **Bilden Sie sich eine eigene Meinung!**
- **Wehren Sie sich durch Protest!**
- **Sprechen Sie mit Freunden, Bekannten und Politikern!**